

ver.di-Kundgebung gegen Sozialabbau – Marktplatz Reutlingen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich komme gerade von der Demo und Kundgebung in Stuttgart mit dem Motto: Das nennt ihr gerecht?! Gerecht geht anders.

Es ist gut und wichtig, dass auch wir hier in Reutlingen auf die Straße gehen.

Die schwarz-gelbe Regierung ist gerade mal 8 Monate alt. In dieser kurzen Zeit bietet sie ein unvorstellbares Kabarett. Die Koalitionspartner keifen sich täglich über die Presse an – „Wildsau-Politik“ wird mit „Gurkentruppe“ beantwortet. Der Chor ist bei fast allen Themen vielstimmig.

Manchmal ist das amüsant – unter dem Strich aber hat diese Regierung kein Benehmen. Damit schadet sie meiner Meinung nach unserer Demokratie.

Viel schlimmer ist aber - und das ist beängstigend – in nur 8 Monaten macht diese Regierung eine Politik, die die Menschen auf die Straße treibt. Dieser Protest ist wichtig und ich hoffe sehr, dass dieser Protest weiter geht und die Gewerkschaften, die Kirchen, die Sozialverbände und die gesamte Opposition an einem Strang zieht.

Wir müssen gegen die geplante unsoziale und unsolidarische Gesundheitspolitik protestieren. Wir müssen weiter gegen den geplanten Ausstieg aus dem Atomausstieg protestieren. Vor allem aber müssen wir gegen die Spaltung in unserer Gesellschaft protestieren – gegen solch unsägliche Sozialstaatsdebatten a la Westerwelle und gegen ein Sparpaket, das die Reichen verschont und zwar auf dem Rücken der Schwachen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Gesundheitspolitik geht baden! Das ist das heutige Motto. Der DGB hat unter Federführung von Annelie Buntenbach eine Reformkommission zur Gesundheitspolitik ins Leben gerufen. Als Sprecherin von GewerkschaftsGrün wurde ich in die Kommission berufen, was mich sehr gefreut hat.

Die Kommission ist hochkarätig mit Wissenschaft, Sozialverbände, Gesundheitsexperten und natürlich mit Gewerkschaften besetzt. Die Auswirkungen der geplanten Kopfpauschale der so genannten christlich-liberalen Regierung soll entlarvt und ein Reformvorschlag soll entwickelt werden.

Schwarz-gelb verspricht mit der Kopfpauschale mehr Gerechtigkeit! Das stimmt nicht! Die DGB-Kommission hält dagegen. In Zeiten von Finanzkrise, Euro-Krise und Haushaltskrise fehlt das Geld – der notwendige Sozialausgleich ist nicht finanzierbar. Für den Beweis haben wir Grünen im Bundestag heftige Munition geliefert. Wir haben mit einer Kleinen Anfrage nach der Finanzierung gefragt – an diesem Tag hat sich Finanzminister Schäuble wohl mal wieder über die FDP geärgert, denn das Finanzministerium hat uns seitenweise Fakten geliefert, was eine Kopfpauschale bedeuten würde.

Nicht 10 Mrd. würde die Kopfpauschale kosten, sondern 22-35 Mrd. Euro. Zur Finanzierung müsste entweder der gesamte Einkommensteuertarif um 3-5% angehoben werden oder aber der Spitzensteuersatz auf 73% - aber Steuererhöhungen für Besserverdienende lehnt die FDP ja ab.

Fazit – die Kopfpauschale ist nicht finanzierbar und vor allem ist sie unsozial, denn gerade die

kleinen Einkommen, die auf den Sozialausgleich angewiesen wären, müssten mehr bezahlen und wären die Verlierer dieser unsozialen Reform.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst uns gemeinsam kämpfen für ein solidarisches Gesundheitssystem für Junge und Alte – für Gesunde und Kranke – für Menschen mit hohen Einkommen und mit kleinen Einkommen – und alle sollen die gleiche verlässliche Gesundheitsversorgung erhalten. Die Zwei-Klassen-Gesellschaft im Gesundheitswesen muss endlich der Vergangenheit angehören.

Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass alle einkommensabhängige Beiträge bezahlen und dass endlich alle Einkunftsarten – also auch Vermögenseinkommen und Mieteinkünfte – einbezogen werden.

Starke Schultern müssen solidarisch auch mehr tragen.

Und vor allem lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass sich die Arbeitgeber paritätisch am Gesundheitswesen beteiligen. Sie müssen weiterhin Verantwortung übernehmen.

Gesundheitsminister Rösler hat seine politische Zukunft mit der Kopfpauschale verbunden. Zwei mal ist er nun schon gescheitert – sein neuestes Modell ist vom Tisch. Der öffentliche Protest zeigt also Wirkung. Aber die Koalition möchte vor der Sommerpause wieder einmal ein neues Konzept vorlegen. D.h. wir müssen wachsam bleiben – der Kampf ist noch lange nicht gewonnen.

Im Gesundheitswesen sollen 4 Mrd. Euro eingespart werden und noch immer möchte die Regierung den Systemwechsel in der Gesundheitspolitik. Die Regierung hält an ihren Zielen fest:

1. Der Arbeitgeberanteil soll eingefroren werden – alle Kostensteigerungen müssen dann die Beschäftigten tragen – gerecht geht anders!
- 2.
3. Die Zusatzbeiträge sollen „weiterentwickelt“ werden – diese Mini-Kopfpauschalen belasten vor allem niedrige Einkommen – gerecht geht anders!

Alles zusammen wäre der Ausstieg aus der solidarischen Gesundheitspolitik. Das nennt ihr gerecht?! Gerecht geht anders!

Der Konflikt ist also nur vertagt und noch nicht beendet. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen – wir dürfen jetzt nicht leiser werden. Es gilt – wie heute – den Protest auf die Straße zu tragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ja und der neueste Clou ist das Sparpaket der christlich-liberalen Regierung. Alle sprechen von der sozialen Schieflage – mir ist das wenig – das Sparpaket ist eine brüllende Ungerechtigkeit.

Obwohl sogar der CDU-Wirtschaftsrat das Sparpaket als unsozial bezeichnet, haben die Regierungsfractionen diese Woche im Ausschuss für Arbeit und Soziales immer wieder betont – das Sparpaket sei sozial ausgewogen. Ich muss gestehen, so etwas geht mir richtig unter die Haut.

Besonders skandalös ist dabei, dass für die Regierung nicht der Zusammenhalt in der Gesellschaft im Mittelpunkt steht, sondern der Zusammenhalt in der Koalition. Die großen Vermögen dürfen beim Sparen nicht herangezogen werden, weil die FDP damit droht, dass sie sonst Christian Wulff nicht zum nächsten Bundespräsidenten wählen. Noch nie haben Eigeninteressen einer Koalition so durchsichtig das Handeln einer Regierung geleitet. Noch nie war die Empathie für das Land und für die Menschen so gering. Und das ist ein Skandal.

Das Elterngeld wird gekürzt. Der Rentenzuschuss von Erwerbslosen und der

Heizkostenzuschuss werden gestrichen. Bei den Qualifizierungsmaßnahmen wird gespart und dann wird auch noch der Zuschlag beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zum Alg II gestrichen.

Die Schwächsten müssen bluten.

Die Reichen und Gutverdienenden aber werden geschont. Neben konsequentem Subventionsabbau müssten Krisengewinner und die Vermögenden zur Kasse gebeten werden. Der Spitzensteuersatz muss nach oben und wir brauchen eine Vermögensabgabe. Und vor allem brauchen wir eine Finanztransaktionssteuer, damit das Kasino endlich geschlossen wird.

Gespart wird aber nur bei den Schwachen. In der Konsequenz wird die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinander gehen und noch mehr prekäre Lebenslagen werden entstehen. Das dürfen wir nicht hinnehmen.

Aber das ist dieser Regierung egal. Besonders erschreckend war in diesem Zusammenhang meine gestrige Zeitungslektüre. Wirtschaftsminister Brüderle hat in einem Interview das Sparpaket verteidigt und zwar mit den Worten: „Wir haben den Menschen Entlastungen und nicht Belastungen versprochen.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen, was meint Herr Brüderle damit? Sind Geringverdiener und Erwerbslose keine Menschen? Diese FDP ist schlichtweg ein Skandal.

Ich komme zum Schluss: Neben der Gesundheitspolitik und dem Sparpaket gibt es noch viele andere Themen, mit denen wir im Bundestag gegen eine ignorante Wand laufen.

- Der Missbrauch in der Leiharbeit ist unübersehbar – die Ministerin prüft und prüft, aber sie handelt nicht – wir wollen die Leiharbeit regulieren.
- 5 Millionen Menschen arbeiten für weniger als 8 Euro – 1 Million sogar für weniger als 5 Euro – die Regierung möchte den Niedriglohnbereich noch ausbauen. Wir hingegen fordern einen gesetzlichen Mindestlohn.
- die FDP lässt keine Gelegenheit aus um Mindestlöhne zu blockieren – wir wollen mehr Tariflöhne allgemeinverbindlich erklären.
- Die Regierung verteidigt Bagatellkündigungen – wir meinen Bagatellkündigungen sind unsozial und fordern eine Abmahnungspflicht
- 47% der neuen Beschäftigungsverhältnisse sind befristet – die Regierung stellt sich auch hier taub und redet der Wirtschaft das Wort – wir fordern die Entfristung von Beschäftigung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Menschen brauchen ein Mindestmaß an Sicherheit! Und deswegen müssen wir auch bei diesen Themen wir lautstark protestieren, denn diese Regierung verschließt die Augen vor den Sorgen und Problemen der Beschäftigten – unter dieser Regierung verschärft sich die soziale Ungleichheit.

Wir müssen weiterhin lautstark gegen diese Ungerechtigkeiten protestieren, denn „gerecht geht anders!“